tionen findet, ist nicht das Bestehen eines solchen Befehls, sondern die Frage, ob eine dem Sittengesetz entsprechende Wahl tatsächlich möglich war« (S.250).

15 Bezeichnend dafür ist die aus politischen Gründen im Februar 1949 getroffene Entscheidung der amerikanischen Regierung, die Strafverfolgung gegen die japanischen Kriegsverbrecher, soweit nicht gegen sie bereits formelle Untersuchungs- und Gerichtsverfahren eingeleitet worden waren, einzustellen. Auch die bereits begonnenen Verfahren sollten bis spätestens 30.September 1949 abgeschlossen werden; Documents on American Foreign Relations, Bd.XI, Princeton 1950, S.174 (176).

16 Davon ist im Falle Adolf Eichmanns von Israel 1961 Gebrauch gemacht worden, vgl. Schuldig. Das Urteil gegen Adolf Eichmann, hg. von A.W. Less, Frankfurt/M. 1987.

17 Dies wird in der deutschen Völkerrechtsdoktrin gelegentlich bestritten, wenn die im Londoner Protokoll v. 8.August 1945 statuierten Straftatbestände des ›Verbrechens gegen den Frieden‹ (Art.6 lit.a des Statuts) noch nach 40 Jahren als »problematisch« bezeichnet werden (so z.B. Verdroß–Simma, Universelles Völkerrecht, Berlin 1976, S.227, ebenso die 3. neubearbeitete Aufl. 1984, Ziff.440–442). Die Begründung liest sich denn auch dort fast wie ein Plädoyer der Verteidiger der Hauptkriegsverbrecher. Von einem ähnlichen Geist ist Friedrich Berbers Dokumentensammlung Völkerrecht durchdrungen (2 Bde., München/Berlin 1967), die das Statut des Londoner Protokolls gar nicht aufführt. Die Rechtsentwicklung wird differenzierter beschrieben in: Yearbook of the International Law Commission, 1983, Vol.II, Part One, S.138ff.

18 BundesGBl. 1954 II, S.729, 1955 II, S.210; VN 5/1968 S.170f.

19 International Court of Justice, Reports, 1951, S.15.

20 Vgl. die Artikelentwürfe (UN Doc.A/CN.4/404) der Art.3 (Grundsatz der Individualhaftung), Art.4 (Grundsatz ›aut dedere aut punire‹), Art.5 (kein Vorbehalt des Landesrechts), Art.8 (eingeschränktes Rückwirkungsverbot), Art.9 (Strafausschließungsgründe), in: Yearbook of the International Law Commission, 1987, Vol.II, Part One, S.2ff. Der 8.Bericht des Sonderberichterstatters D. Thiam ist in diesem Jahr vorgelegt worden (A/CN.4/430 mit Add.1).

21 Siehe auch die kritische Bewertung von C. Tomuschat, Die Völkerrechtskommission der Vereinten Nationen, VN 6/1988 S.180ff. (184).

Einheit Deutschlands ein Schritt zur Einheit Europas

Rede des Bundesaußenministers vor der 45.UN-Generalversammlung (26.September 1990)

HANS-DIETRICH GENSCHER

Ich beglückwünsche Sie, Herr Präsident, zu Ihrer Wahl in dieses hohe Amt. Sie führen die Außenpolitik eines mit uns eng befreundeten Landes. Malta arbeitet mit uns beim Aufbau der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa partnerschaftlich zusammen. Die Leitung dieser Generalversammlung ist bei Ihnen in guten Händen. Mein Dank gilt auch Ihrem Vorgänger, Botschafter Joseph Garba, für seine Amtsführung.

Unser Dank und unsere besondere Anerkennung gelten dem Generalsekretär der Vereinten Nationen. Wir sind weiterhin entschlossen, ihn in seinen mutigen und weitblickenden Initiativen zu unterstützen. Sie, Herr Generalsekretär, haben den Vereinten Nationen neue Wege eröffnet, ihre friedenswahrende Aufgabe erfolgreich zu erfüllen.

Ich freue mich, daß mit Liechtenstein ein uns eng verbundenes Land jüngstes Mitglied dieser Völkerfamilie geworden ist. Herzlich begrüße ich in dieser Versammlung den Vertreter Namibias, mit dem uns Geschichte, Freundschaft und gemeinsames Bemühen um seine Unabhängigkeit verbinden. Dem befreundeten Jemen gratulieren wir von Herzen zu seiner Einheit. Der koreanischen Nation wünschen wir, daß auch sie bald ihre Teilung überwinden möge. Ich begrüße die grundlegenden Ausführungen, die mein italienischer Kollege, Herr de Michelis, für die Europäische Gemeinschaft gemacht hat. Er sprach auch in unserem Namen.

Herr Präsident, in dem letzten Jahr hat sich die Lage in Europa grundlegend verändert und damit auch die Lage in Deutschland. Niemals wurde deutlicher, wie sehr das Schicksal der Deutschen mit dem Europas verbunden ist. Die Einheit Deutschlands ist ein Schritt zur Einheit Europas. Der 3.Oktober wird der Tag der Deutschen Einheit sein. Dies ist für uns Deutsche ein Tag der Freude, der Dankbarkeit und der Besinnung. Unser lang gehegter Wunsch, uns in Frieden und Freiheit zu vereinen, geht in Erfüllung. Dies erfüllt uns mit Freude. Die Welt begleitet die Vereinigung der Deutschen mit Wohlwollen, Sympathie und mit Freundschaft. Dafür empfinden wir Dankbarkeit.

Besinnung auf Geschichte und Verantwortung, nicht nationalistischer Überschwang, bestimmen die Gefühle der Deutschen in diesen historischen Tagen. Das unendliche Leid, das in deutschem Namen über die Völker Europas und der Welt gebracht wurde, werden wir nicht vergessen. Wir gedenken aller Opfer des Krieges und der Gewaltherrschaft. Wir gedenken in besonderer Weise der unsäglichen Leiden des jüdischen Volkes. Wir erkennen unsere Verantwortung, und wir nehmen sie an. An die Generalversammlung der Vereinten Nationen richte ich die Botschaft: Wir Deutschen vereinen uns in dem Willen, daß alles das nie wieder geschehen darf.

Unser Volk wird wieder vereint in einem demokratischen Staat leben. Unser gemeinsamer Staat wird auf die Achtung der unveräußerlichen Menschenrechte gegründet sein. Vom Boden des vereinten Deutschlands wird nur Frieden ausgehen. Für alle Zeiten werden die Grundsätze unserer Verfassung, werden Menschenrecht und Menschenwürde, werden Demokratie und Rechtsstaat, werden soziale Gerechtigkeit und Achtung vor der Schöpfung, werden Frieden und gute Nachbarschaft unser Denken und unser Handeln bestimmen.

Als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa wollen wir dem Frieden der Welt dienen. Diese Verpflichtung aus der Präambel unseres Grundgesetzes bestimmt unsere Politik. Sie ist die Absage an Machtpolitik, sie bedeutet Politik der Verantwortung.

Seit unserem Beitritt zu den Vereinten Nationen hat die Bundesrepublik Deutschland vor dem Forum der Vereinten Nationen die staatliche Vereinigung unserer unteilbaren Nation gefordert. Ich selbst habe seit 1974 in jedem Jahr vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen unseren Willen bekundet, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt. Ich habe dabei immer auch an die Deutschen in meiner Heimat – in der DDR – gedacht, die dort leben, wo ich geboren und wo ich aufgewachsen bin. Ich wußte, daß sie die deutsche Einheit genauso herbeisehnten wie wir in der Bundesrepublik Deutschland. Aber sie konnten ihre Gefühle und ihre Auffassungen hier nicht zum Ausdruck bringen. Jetzt haben sie sich zu Freiheit und Einheit bekannt. Mit ihnen zusammen freuen wir uns nun auf die deutsche Einheit. Wir wissen, sie bringt auch Europa seine Einheit.

So grüßen wir heute vereint in unserem Herzen und in unserem Willen die Völker der Welt. Große Dankbarkeit erfüllt mich dabei, Dankbarkeit, die auch meinen Kollegen James Baker, Roland Dumas, Douglas Hurd und Eduard Schewardnadse gilt, die bis in die letzten Monate hinein so viel für dieses Ziel getan haben. Die Erinnerung an die Generalversammlung der Vereinten Nationen vor einem Jahr zeigt, welche Probleme wir zu überwinden hatten. Damals ging es noch darum, in mühevollen Gesprächen den Tausenden von Deutschen in unserer Botschaft in Prag den Weg in die Freiheit zu eröffnen. Mein Dank gilt auch dem tapferen ungarischen Volk, das als erstes den Eisernen Vorhang geöffnet hat.

Wir Deutschen waren uns immer bewußt: Nur der Frieden und nur die Überwindung der Spaltung Europas können uns die Einheit unseres Landes bringen. Wir haben die Chancen der Zusammenarbeit genutzt. Wir haben in Wort und Tat auf Gewalt und Drohung mit Gewalt verzichtet. Wir haben auf die friedensstiftende Kraft von Menschenrechten und Grundfreiheiten gesetzt. Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland eine freiheitliche Staats- und Gesellschaftsordnung geschaffen.

Unterstützt von unseren Freunden und Partnern haben wir das Vertrauen der Völker zurückerworben und damit eine grundlegende Voraussetzung für die deutsche Einheit geschaffen. Die Meilensteine dieses Weges sind die Mitgliedschaften im Europarat, im westlichen Bündnis und in der Europäischen Gemeinschaft. Mit diesen Schritten kehrten wir zurück in die Gemeinschaft der Demokratien. Mit den Verträgen von Moskau, Warschau und der Tschechoslowakei wurde die Grundlage für ein neues Verhältnis zu unseren östlichen Nachbarn gelegt. Mit dem Grundlagenvertrag mit der DDR wurde das Zusammenleben der beiden deutschen Staaten für die Zeit der staatlichen Trennung geregelt.

Diese deutsche Vertragspolitik eröffnete auch den Weg für die Schlußakte von Helsinki. Die Dynamik des KSZE-Prozesses und die umwälzenden Reformen in der Sowjetunion unter der Führung Michail Gorbatschows haben schließlich die Überwindung der Trennung Europas und damit auch Deutschlands ermöglicht.

Die Völker Mittel- und Osteuropas entschieden sich in gewaltlosen, friedlichen Revolutionen für Freiheit und Demokratie. Jede dieser Ent-

scheidungen war eine Entscheidung für Europa. Die Deutschen, die sich nun mit uns vereinigen werden, haben das Bekenntnis zu Freiheit, Einheit und zu Demokratie und damit zu Europa in ihrer friedlichen Revolution vor aller Welt unter Beweis gestellt.
Wir danken unseren Freunden und Verbündeten im Westen. Sie sind für uns in guten wie in schweren Zeiten eingestanden. Besonders dem amerikanischen Volk möchte ich sagen: die Luftbrücke nach Berlin bleibt uns unvergessen. Am Vorabend der deutschen Vereinigung danken wir Präsident Bush, Präsident Mitterrand, Premierministerin Thatcher für ihren Beistand, ihre staatsmännische Weitsicht und ihr Verständnis für die Sehnsucht unseres Volkes nach Einheit.
Wir danken unseren Freunden in der Europäischen Gemeinschaft mit Präsident Jacques Delors an der Spitze. Wir danken unseren Freunden überall in der Welt. Wir danken Präsident Gorbatschow. Seine mutige Politik hat Europa eine neue Zukunft und Deutschland die Chance zur Einheit in Freiheit eröffnet. Das bedeutet viel auch für die Zukunft der deutsch-sowjetischen Beziehungen.
Wir Deutschen wollen nichts anderes, als in Freiheit und Demokratie, in Einheit und in Frieden mit allen unseren Nachbarn leben. In dem ›Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland‹, den wir am 12.September mit Frankreich, der Sowjetunion, den Vereinigten Staaten von Amerika und dem Vereinigten Königreich in Moskau unterzeichnet haben, bekennen wir Deutschen uns zur Friedensverantwortung des vereinten Deutschlands.
Unsere Politik will eine Politik des guten Beispiels sein: Wir bekräftigen den Verzicht auf Herstellung und Besitz von und auf Verfügungsgewalt über atomare, biologische und chemische Waffen. Wir bekennen uns erneut zu den Rechten und Verpflichtungen aus dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen. Unsere Entscheidung, die Streitkräfte des vereinten Deutschlands auf 370 000 Mann zu reduzieren, ist ein bedeutsamer deutscher Beitrag zur tiefgreifenden Abrüstung in Europa.
Das vereinte Deutschland hat keinerlei Gebietsansprüche gegen andere Staaten und wird solche auch in Zukunft nicht erheben. Die Unverletzlichkeit der Grenzen ist ein Kernelement der Friedensordnung in Europa. Das vereinte Deutschland wird die bestehende deutsch-polnische Grenze in einem völkerrechtlich verbindlichen Vertrag bestätigen. Unser Verhältnis zu Polen drückt in besonderer Weise unsere europäische Berufung aus. Es ist deshalb unsere Absicht, in einem zusätzlichen umfassenden Vertrag die Grundlagen für ein neues Kapitel guter deutsch-polnischer Nachbarschaft aufzuschlagen. Deutschland kennt und anerkennt seine Verantwortung für eine bessere Zukunft Europas. Wir wollen nicht ein deutsches Europa, wir wollen ein europäisches Deutschland.
Herr Präsident, wir gehören zur Europäischen Gemeinschaft. Am 1.Januar 1993 wird der gemeinsame europäische Binnenmarkt vollendet sein. Er wird offen sein und damit der Weltwirtschaft neue Impulse geben. Wir wollen in der Europäischen Gemeinschaft die Wirtschafts- und Währungsunion, und wir wollen die Politische Union. Wenn die Europäische Gemeinschaft auf dem Wege zur Europäischen Union immer mehr an Identität gewinnt, soll der Atlantik nicht breiter werden. Eine transatlantische Erklärung zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den nordamerikanischen Demokratien wird unserer Werte- und Schicksalsgemeinschaft eine neue Qualität geben.
Je schneller wir die Europäische Union vollenden, desto mehr fördern wir die Einheit Gesamteuropas. Die Europäische Gemeinschaft auf dem Weg zur Europäischen Union entfaltet schon jetzt ihre Anziehungskraft auf das ganze Europa. Der Kern dieser einmaligen Verbindung europäischer Demokratien ist die enge deutsch- französische Freundschaft. Zu ihr bekennen wir uns als einer bleibenden Grundlage aller deutschen Außenpolitik. Mit dem 3.Oktober 1990 werden alle Deutschen in die Europäische Gemeinschaft und in die deutsch-französische Verbindung einbezogen sein. Das souveräne, demokratische und freiheitliche Deutschland wird der Einheit, der Stabilität und dem Fortschritt Gesamteuropas verpflichtet sein.
Das vereinte Deutschland wird größeres Gewicht haben. Mit diesem größeren Gewicht streben wir nicht nach mehr Macht, wohl aber sind wir uns der größeren Verantwortung bewußt, die daraus erwächst. Wir werden diese Verantwortung in Europa und in der Welt annehmen. Wir werden unser Gewicht so in die Waagschale Europas legen, daß es allen Völkern unseres Kontinents und damit der Menschheit insgesamt zugute kommt. Damit tragen wir bei zur europäischen Verantwortung bei der Gestaltung der sich entwickelnden neuen Weltordnung. Unser Verhalten wird alle bestätigen, die den deutschen Einigungsprozeß mit guten Hoffnungen unterstützen.
Ein neues Konzept des Zusammenlebens der Staatengemeinschaft dieser Welt gewinnt Gestalt. Es gründet auf dem Bewußtsein der globalen Herausforderungen und der globalen Interdependenz. Es trägt der Verantwortung vor künftigen Generationen unserer Welt Rechnung. Es ist das Konzept der Gleichberechtigung großer und kleiner Staaten, der Machtbeschränkung durch Souveränitätsübertragung an Gemeinschaftsorgane, der wirtschaftlichen Interessenvernetzung und der regionalen Solidarität und der Interdependenz. Dieses Konzept und nicht die Macht- und Gleichgewichtspolitik von gestern ist das zukunftsträchtige Modell für Stabilität und Wohlstand in Europa und in der Welt. In dieses Konzept bringen wir Deutschen unsere wiedergewonnene Souveränität ein.
Für Europa bedeutet das: An die Stelle der ideologischen Ursachen von Spannungen dürfen nicht neue treten, die sich aus unterschiedlichen Lebensbedingungen ergeben. Nach dem Fall der Mauer und dem Zerfall des Eisernen Vorhangs sollen nicht neue Trennwände entstehen, weder der Armut noch der sozialen Ungerechtigkeiten, noch der unterschiedlichen Behandlung der Natur.
Der ganze Kontinent soll der parlamentarischen Demokratie, der Achtung der Menschenrechte, der sozialen Marktwirtschaft, der sozialen Gerechtigkeit, dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und dem friedlichen Zusammenleben der Nationen verpflichtet sein. Nur so kann das *eine* Europa entstehen.
Mehr als 40 Jahre Teilung Deutschlands und Europas haben Spuren hinterlassen, deren Überwindung großer politischer und wirtschaftlicher Anstrengungen bedarf. Wir betrachten unseren Beitrag zum Neuaufbau Europas als Investition in unsere eigene nationale und europäische Zukunft. Darin sehen wir unsere europäische Berufung. Wir werden über der Einheit der Deutschen die Einheit des ganzen Europa nicht vergessen.
Wir wollen ein solidarisches und partnerschaftliches Europa, das die Zukunftserwartungen aller europäischen Völker erfüllt. Solidarität und Partnerschaft, sie sollen gelten, und nicht Rivalität und Vorherrschaft. Die Schaffung tragfähiger politischer, ökonomischer, sozialer und ökologischer Rahmenbedingungen für die Veränderungsprozesse in den Staaten Mittel- und Osteuropas ist die große Aufgabe einer europäischen Stabilitätspolitik, in der die militärischen Faktoren eine immer geringere Rolle spielen.
Unser ökonomisches und politisches Gewicht und unsere Lage im Herzen Europas weisen uns Deutschen hier eine besondere Verantwortung zu. Wir stellen uns dieser Verantwortung.
Dabei ist uns stets bewußt, daß die Sowjetunion zu Europa gehört. Ohne sie kann das *eine* Europa nicht entstehen. Mit dem in Moskau paraphierten deutsch-sowjetischen ›Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit‹ wollen wir unsere Zukunft gemeinsam gestalten. Wir wollen einander in jeder Hinsicht vertrauen können. Der Vertrag schafft dafür die Grundlage. Auch andere Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft sind dabei, umfassende Verträge mit der Sowjetunion abzuschließen. Durch eine solche enge Zusammenarbeit mit den Mitgliedern der Europäischen Gemeinschaft verbindet die Sowjetunion ihre Zukunft mit dem Schicksal Europas. Dieser neuen Entwicklung müssen auch die internationalen Wirtschafts- und Finanzstrukturen Rechnung tragen. Neues Denken ist überall erforderlich. Wir erstreben auch eine enge Zusammenarbeit mit allen mittel- und südosteuropäischen Nachbarn, mit denen uns viele gemeinsame Traditionen und gemeinsame Interessen verbinden.
Herr Präsident, das Ende der Ost-West-Konfrontation und ein neues Verhältnis zwischen den Mitgliedstaaten der beiden Bündnisse machen den Weg frei für neue kooperative Strukturen in Europa auch auf dem Gebiet der Sicherheit. Das sich wandelnde Nordatlantische Verteidigungsbündnis und die Europäische Gemeinschaft, denen Deutschland auch vereint angehören wird, und die KSZE werden tragende Pfeiler dieses neuen Systems bilden. Sie werden zu den Trägern einer neuen Entwicklung gehören, in der die militärische Sicherheit durch ein immer breiteres und festeres Fundament kooperativer Friedenssicherung ergänzt wird. Die Mitgliedstaaten beider Bündnisse betrachten sich nicht mehr als Gegner und auch nicht als Bedrohung.
Vor fünfzehn Jahren haben sich die 35 Unterzeichnerstaaten mit der KSZE- Schlußakte von Helsinki auf die Freiheit, auf Demokratie und auf Achtung der Menschenrechte verpflichtet. Die Entwicklung seitdem hat der kühnen Entscheidung von 1975 recht gegeben. Die Gipfelkonferenz am 19.November in Paris wird den KSZE-Prozeß auf eine neue Stufe heben und die ersten gemeinsamen Institutionen des neuen, des *einen* Europa schaffen.
Mit regelmäßigen Tagungen der Staats- und Regierungschefs, der Außenminister, mit einem Konfliktverhütungszentrum und einem Sekretariat werden erste, solide Fundamente für eine dauerhafte kooperative Friedensordnung in ganz Europa entstehen. Eine neue große Perspektive für Europa eröffnet sich. Als Land in der Mitte Europas wird das vereinigte Deutschland im Bewußtsein seiner gesamteuropäischen Verantwortung alles tun, damit diese Perspektive für alle Europäer Realität wird.
Aus der ›Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa‹ entwickelt sich mit unserer aktiven Mitwirkung Schritt für Schritt eine ›Struktur Europäischer Zusammenarbeit, Sicherheit und Stabilität‹. Die nordamerikanischen Demokratien nehmen daran als natürliche und wichtige Partner teil. Daß das KSZE-Außenministertreffen nächste Woche hier auf amerikanischem Boden stattfindet, hat Symbolgehalt.
Abrüstung und die Schaffung kooperativer Sicherheit bleiben die Schlüssel zum gemeinsamen Europäischen Haus. Die Abrüstungsverhandlungen müssen mit der dynamischen politischen Entwicklung Schritt halten. An den bevorstehenden Abschluß der Wiener Verhandlungen über die Abrüstung konventioneller Waffen müssen sich alsbald Verhandlungen über die Beseitigung der Kurzstreckenraketen anschließen. Weitere Schritte zur Reduzierung von Streitkräften sind notwendig. Wir dringen auf den überfälligen Abschluß eines weltweiten Chemiewaffenverbots. Diese barbarischen Vernichtungsmittel müssen weltweit beseitigt werden. Mit der Abrüstung ihrer nuklearen Waffen erfüllen die Großmächte ihre Verpflichtung gegenüber der Menschheit. Die weltweite Geltung des Nichtverbreitungsvertrags

muß im Interesse des Überlebens der Menschheit durchgesetzt werden. Der Verbreitung von Trägerwaffen für ABC-Waffen muß mit international koordinierten Anstrengungen entgegengetreten werden.
Abrüstung beseitigt aber nicht automatisch die Produktionsstätten von Rüstungsgütern. Wirtschaftliche Gründe dürfen keine Rechtfertigung für die Produktion von Waffen sein, die den Frieden in anderen Teilen der Welt gefährden. Die Dritte Welt darf nicht länger Absatzmarkt für Rüstungsproduktionen sein, für die in Europa als Folge von Abrüstungsvereinbarungen keine Verwendung mehr besteht. Künftige Abrüstungsverträge sollten deshalb eine Verpflichtung enthalten, freiwerdende Kapazitäten für friedliche Zwecke zu nutzen.
Unsere seit Jahren erhobene Forderung nach größerer Transparenz bei Waffenexporten gewinnt an Dringlichkeit und an Unterstützung. Ich begrüße den Vorstoß von Außenminister Schewardnadse zu diesem Thema. Ein Register der Vereinten Nationen mit obligatorischen Meldepflichten über Rüstungsexporte sollte sofort eingeführt, Verletzungen der Meldepflicht sollten drastisch geahndet werden.
Die Konversion der Rüstungsbetriebe hin zur zivilen Produktion ist eine weltweite Friedensaufgabe. Wir sind bereit, mit jedem Land der Welt auf diesem neuen, wichtigen Feld der internationalen Sicherheit zusammenzuarbeiten.
Herr Präsident, wir spüren die Signale einer neuen Zeit nicht nur in Europa, sondern auch bei den Bemühungen um die Lösung der Regionalkonflikte, von Zentralamerika bis nach Afghanistan, von Kambodscha bis Korea.
Im Nahen Osten gilt es, das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes mit dem Existenzrecht und der Sicherheit Israels in Einklang zu bringen. In der Republik Südafrika geht es darum, die unmenschliche Apartheid zu überwinden. Wir wünschen dem Dialog zwischen den Repräsentanten der schwarzen Mehrheit und der weißen Minderheit über die vollständige Abschaffung der Apartheid einen schnellen Erfolg.
Wir verurteilen die irakische Aggression gegen seinen arabischen und islamischen Nachbarn, gegen das Mitglied der Vereinten Nationen Kuwait. Die Staatengemeinschaft darf nicht dulden, daß ein Land überfallen und annektiert wird. Unbeteiligte Menschen aus allen Nationen wurden in ihren Menschenrechten verletzt. Es gibt für dieses Verhalten keine Rechtfertigung und keine Entschuldigung. Aggression muß als Aggression, Erpressung muß als Erpressung, Verletzung der Menschenrechte muß als Menschenrechtsverletzung behandelt werden, wenn das internationale Rechtsgefühl nicht beschädigt werden soll.
Wie immer haben die Ärmsten der Armen unter dieser Art von Konflikten am meisten zu leiden. Die Ölpreise steigen. Das trifft zuallererst die Entwicklungsländer, die nicht über Energiequellen verfügen. Jahre harter Arbeit werden zunichte gemacht.
Niemals zuvor in ihrer Geschichte standen die Vereinten Nationen geschlossener und entschlossener gegen einen Aggressor. Niemals zuvor hatte ein Aggressor weniger Chancen, eine solidarisch handelnde Weltgemeinschaft zu spalten. Die Zeit arbeitet nicht für Saddam Hussein. Nur die drei vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gewiesenen Wege werden den Irak aus der selbstprovozierten Isolation herausführen:
- der vollständige und bedingungslose Abzug aus Kuwait,
- die Wiederherstellung der vollen Souveränität dieses Landes,
- die sofortige Freilassung aller Geiseln.

Die Weigerung der irakischen Führung, diese Forderungen zu erfüllen, ist eine Herausforderung der gesamten Staatengemeinschaft. Wir unterstützen die Verwirklichung dieser Beschlüsse der Vereinten Nationen, ohne jeden Abstrich. Es kann und es darf keine Prämie auf Aggressionen geben.
Das entschlossene und solidarische Vorgehen der UN-Mitgliedstaaten kann zum Ausgangspunkt werden für eine neue Rolle dieser Organisation bei der Sicherung des Weltfriedens. Alle Mitgliedstaaten müssen dieser großen Verantwortung gerecht werden. Wir wünschen den Völkern der Region Frieden, und wir wünschen der arabischen Welt ihre Einheit, die durch die irakische Aggression zerstört wurde.
Die Chancen für eine neue Weltordnung liegen in gemeinsamem und solidarischem Handeln. Sie müssen wahrgenommen werden. Die Völkerfamilie hat weise gehandelt, als sie nach den schlimmen Erfahrungen zweier Weltkriege die Sicherung des Weltfriedens in die Hände der Vereinten Nationen legte. Wie niemals zuvor haben die hohen Ziele der UN-Charta Aussicht auf umfassende Verwirklichung. Die Lösung des Ost-West-Konflikts hat dazu beigetragen. Die ideologischen Barrieren fallen. Die Auseinandersetzung mit militärischen Mitteln wird mehr und mehr geächtet. Die Herrschaft des Rechts gewinnt an Bedeutung.
Damit rückt die Institution in den Mittelpunkt, deren Aufgabe der friedliche Interessenausgleich zwischen den Staaten ist. Dies ist die geschichtliche Stunde der Vereinten Nationen. Das in der Charta liegende Friedenspotential muß voll ausgeschöpft werden. Die Staatengemeinschaft muß ihr ganzes Gewicht hinter die Friedensbemühungen des Generalsekretärs stellen.
Herr Präsident, mit der Überwindung des Ost-West-Konflikts werden große materielle, geistige und politische Kräfte frei für die Bewältigung der globalen Herausforderungen, vor die wir alle gestellt sind: die Beseitigung von Hunger, Armut und Unterentwicklung in der Dritten Welt, die Bewältigung der Verschuldung, die Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen.
Die Vereinten Nationen können endlich die ihnen gebührende Rolle beim Aufbau einer interdependenten Welt übernehmen, einer Welt, die geprägt sein muß von Verantwortungs- statt von Machtpolitik. Wir alle wissen: Die Herausforderungen, vor denen die Menschheit insgesamt steht, lassen kein Land mehr unbeteiligt. Die *eine* Welt, in die wir hineingestellt sind, verlangt nach neuen gemeinsamen Anstrengungen von West und Ost, Nord und Süd, nach neuen Strukturen der Kooperation und Friedenssicherung – global und regional. Der einzelne Staat – so groß und mächtig er auch ist – erweist sich in immer mehr Bereichen alleine als nicht mehr handlungsfähig.
Die *eine* Welt ruft uns wegen ihrer bedrohlich wachsenden Verletzbarkeit, aber auch wegen ihrer vielen noch ungenutzten Gestaltungschancen, zum gemeinsamen Handeln auf – global und regional. Interdependenz und Kooperation sind die bestimmenden Faktoren des neuen Zeitalters, in das wir eingetreten sind. Ein neues Handlungsethos für die eine Welt ist gefragt: für unsere gemeinsame *Mitwelt*, für unsere gemeinsame *Umwelt*, für unsere gemeinsame *Nachwelt*.
So soll eine neue Verantwortungsgemeinschaft als Grundlage einer neuen Weltordnung entstehen: eine globale Ordnung der Vielfalt der Nationen, der Kulturen, der Traditionen und der Religionen, in der alle in gegenseitiger Achtung ihre Identität bewahren – und in der sie versöhnt miteinander leben können.
Eine globale Ordnung des Friedens und der Zusammenarbeit, der Freiheit und der Menschenrechte verlangt vor allem soziale Gerechtigkeit. Wirklicher Frieden ist nur dort, wo alle Menschenrechte geachtet werden. Die beiden Menschenrechtspakte der Vereinten Nationen zur Sicherung der politischen sowie der wirtschaftlichen und sozialen Rechte müssen zusammen gesehen werden, sie dürfen nirgendwo nur leere Forderungen bleiben, sie bedürfen der Verwirklichung für alle.
Ein menschenwürdiges Dasein verlangt auch eine unbeschädigte Umwelt, es verlangt die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen. Die Sicherung des globalen Friedens verlangt nicht nur das Ende des Krieges der Menschen gegen die Menschen, sie verlangt das Ende der wirtschaftlichen Ausbeutung, sie verlangt auch das Ende des Krieges der Menschen gegen die Natur. Ein dritter Menschenrechtspakt der Vereinten Nationen sollte dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen gelten.
Aufgabe der Vereinten Nationen in dieser Dekade ist die Weiterentwicklung des internationalen Rechtssystems, um das Überleben der Menschheit zu sichern. Niemals zuvor war es wichtiger, die Folgen unseres heutigen Handelns in Politik, Sicherheit, Wirtschaft, Technologie und Umwelt für die Nachwelt zu bedenken. Niemals zuvor war die Zukunftsverantwortung einer Generation größer. Niemals zuvor aber gab es auch ähnliche Chancen neuen Denkens und Handelns. In die gemeinschaftliche Bewältigung dieser gewaltigen Aufgabe wollen wir Deutschen unsere Talente, Erfahrungen und wirtschaftlichen Ressourcen einbringen.
Mit der Umgestaltung der Wirtschaft der neu zu uns kommenden Bundesländer und mit der Unterstützung der mittel- und osteuropäischen Reformen sind wir vor gewaltige Aufgaben gestellt. Trotzdem werden wir in Zukunft unserer Verantwortung gegenüber den Ländern der Dritten Welt noch stärker gerecht werden. Unser Beitrag zu ihrer Entwicklung durch den Transfer von Wissen, Technologie und Kapital wird nicht ab-, sondern zunehmen.
Solidarität mit Mittel- und Osteuropa bedeutet nicht Abwendung von der Dritten Welt. Der Kreis der Länder, die in der Lage und willens sind, sich materiell für eine bessere Welt einzusetzen, wird insgesamt größer werden. Die ökonomische Reformpolitik in Mittel- und Osteuropa und in der Sowjetunion wird nicht nur für die betroffenen Länder selbst neue Chancen eröffnen. Von der Vergrößerung der Märkte, von intensiverer internationaler Arbeitsteilung und von effizienterem Einsatz knapper natürlicher Ressourcen werden auch die Staaten der Dritten Welt Nutzen ziehen. So wird die deutsche und die europäische Vereinigung ihre Friedensdividende für alle Weltregionen erbringen.
Neues Denken und Handeln setzt Einsicht aller Beteiligten, auch Einsicht in die eigenen Fehler voraus. Nur dann kommen Nord und Süd zu zukunftsgerichteten Lösungen. Nur so werden wir alle unserer besonderen Verantwortung bei der Suche nach einer überlebensfähigen globalen Zivilisation gerecht.
Die Entwicklung einer marktwirtschaftlichen, ökologisch fundierten, zukunftsfähigen, pluralen und doch gemeinsamen Zivilisation ist die eigentliche Herausforderung am Ende dieses Jahrhunderts. Die ökonomische Freiheit darf sich nicht selbst zerstören. Die technologische Entwicklung hat es uns in die Hand gegeben, unsere Welt humaner zu gestalten. Wenn wir aber versagen, dann werden wir nicht nur die Lebensgrundlagen für uns, sondern auch für zukünftige Generationen vernichten.
Eine Strategie der Überlebenssicherung der Menschheit muß in unserem Denken und Handeln den Platz einnehmen, der bisher der Wahrung der nationalen Interessen, oft genug durch Macht- und Rüstungspolitik, eingeräumt wurde. Das, vor allem, ist die weltweite Konversion des Denkens und Handelns, die wir alle leisten müssen – als Staaten und als einzelne. Wir müssen gemeinsam zu Lösungsansätzen gelangen, die den am Ende dieses Jahrtausends über sechs Milliarden Menschen eine konkrete *gemeinsame* Perspektive für eine menschenwürdige Zukunft eröffnet. Vor uns liegt eine Reihe wichtiger Konferenzen. Sie müssen hierzu genutzt werden.
Der Bericht der unter dem Vorsitz von Julius Nyerere stehenden Süd-

kommission zeigt: Hier wurde zu einer neuen Sprache gefunden, einer Sprache, die auch eigene Fehler nicht verschweigt. Dieser Bericht zeigt, daß sich die Dritte Welt ihrer Verantwortung in der *einen* Welt und für die *eine* Welt stellt. Die Industriestaaten müssen dieses Signal aufnehmen. Neues Denken und Handeln ist auf beiden Seiten verlangt. Die Chancen für einen Neuanfang im Dialog zwischen Nord und Süd im Geiste der Fairneß und der Partnerschaft, der gegenseitigen Lernbereitschaft waren noch nie besser als in diesem Augenblick. Das Ende der Ost-West-Konfrontation hat diesen Dialog von ideologischem Ballast befreit. Dies erleichtert die Konzentration auf die eigentlichen Entwicklungsaufgaben. Ein offener Dialog zwischen Nord und Süd ist jetzt die große politische Aufgabe. Ihr müssen wir uns stellen – jetzt.

Die Verschuldung der Entwicklungsländer mit ihren lähmenden Begleiterscheinungen für wirtschaftliches Wachstum und Entwicklung steigt weiter, nach Schätzung des Internationalen Währungsfonds bis Ende 1991 um 7 Prozent auf über 1,3 Billionen Dollar. Trotz Fortschritten bei der Implementierung der verstärkten Schuldenstrategie ist ein Durchbruch nicht gelungen. Angesichts höherer Ölpreise und Zinsen haben sich im Gegenteil die Aussichten der Schuldnerländer deutlich verschlechtert. Die internationalen Finanzorganisationen müssen noch stärker ihre Verantwortung für die Entwicklung in der Dritten Welt wahrnehmen.

Die Uruguay-Runde muß ein Erfolg werden – insbesondere auch für die Entwicklungsländer. Ihre zunehmende Integration in die Weltwirtschaft muß auch bei der Gestaltung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zum Ausdruck kommen. Das größte Entwicklungskapital sind die Menschen in den Entwicklungsländern selbst. Diesen Menschen muß Hoffnung, muß eine Zukunftsperspektive für sich und ihre Kinder gegeben werden. Der Weltkindergipfel vom kommenden Wochenende wird hierzu wichtige Anstöße geben.

Das weltökologische Schlüsselproblem ist das rasche Anwachsen der Weltbevölkerung. Nur durch einen weltweiten Lastenausgleich mit neuen Prioritäten der nationalen Wirtschaftspolitiken zum Ausgleich extrem unterschiedlicher Lebenschancen können die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rahmenbedingungen der Menschen in der Dritten Welt so verändert werden, daß Großfamilien Kinder nicht mehr als Mitverdiener und zur Alterssicherung brauchen. Die Maßnahmen der Familienplanung allein werden nicht zu einer nachhaltigen Veränderung der Geburtenraten führen. Wirtschaftliche und soziale Grundsicherung, schrittweise Änderung ungerechter Einkommensverteilung und bessere Bildungschancen in vielen Ländern müssen hinzukommen.

Niemand kann wollen, daß die exzessiven Verbrauchsraten für Rohstoff und Energie in den Industrieländern von heute weiter steigen, daß sie von über 6 Milliarden Menschen am Ende dieses Jahrzehnts fortgeführt werden. Dies würde zur ökologischen Katastrophe führen. Wir alle in den Industrieländern müssen die Art und Weise ändern, in der wir leben. Der Staat kann durch marktwirtschaftliche Anreize, durch Gebote und Verbote, durch ein Umschichten der Steuerlasten nachhelfen: umweltfreundlicher Ressourcen-Verbrauch, Wiederverwendung von Werkstoffen muß sich für Unternehmen in Zukunft lohnen, Energie- und Ressourcen- Verschwendung dagegen nicht.

Ein anderes Schlüsselproblem ist die Veränderung des Weltklimas durch Treibhauseffekt und Schädigung der Ozonschicht. Jedes der zahlreich bestehenden Umweltprobleme auf unserem Planeten würde verschärft, wenn diese Probleme nicht gelöst würden. Luftverschmutzung, Artenschwund, Erosion würden dramatisch zunehmen und die Überlebenschancen künftiger Generationen verschlechtern.

Die Bundesrepublik Deutschland als Unterzeichnerstaat der Haager Erklärung vom Frühjahr 1989 sieht die Beschlüsse des Pariser Wirtschaftsgipfels im Juli 1989 als politische Grundlage an für eine internationale Konvention zum Schutz der Erdatmosphäre. Die Konvention sollte als Rahmenvereinbarung auf der Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Brasilien unterzeichnet werden. Flankierende Maßnahmen unter Federführung der Vereinten Nationen sind unerläßlich, soll durch Umstellung der bisherigen Energiepolitik eine Herabsetzung der Emissionen an Kohlendioxid und Spurengasen erreicht werden.

Die Politik des guten Beispiels auf dem Umweltgebiet wird auch nach der Vereinigung beider deutscher Staaten fortgesetzt werden. Umweltpolitik ist Weltfriedenspolitik. Verantwortung für das natürliche und kulturelle Menschheitserbe gehört zu den klassischen Friedenssicherungsaufgaben der Vereinten Nationen. Das wurde zuletzt eindrucksvoll bestätigt von der Weltcharta für die Natur, beschlossen im Oktober 1982 von der Generalversammlung.

Wir alle haben die Wahl, entweder die Erde in wenigen Jahrzehnten endgültig und unwiderruflich zu zerstören oder verantwortlich damit zu beginnen, natürliche Hilfsquellen und Energievorräte mit Vernunft in fairer Partnerschaft wirklich umweltfreundlich zu nutzen. Dies bedeutet nüchterne Bestandsaufnahme – von den Umweltfolgen der Energieverschwendung bis zu der jetzigen klimaschädlichen Nutzung der tropischen Regenwälder, um nur einige der zahlreichen weltökologischen Probleme zu nennen. Vor allem aber bedeutet es Eingeständnis unserer Versäumnisse, Leichtfertigkeit, Gedankenlosigkeit, unseres Wegsehens von sich anbahnenden Katastrophen. Machen wir Ernst mit dem Prinzip Verantwortung!

Herr Präsident, meine Damen und Herren, wir alle erkennen, wir stehen vor globalen Herausforderungen, die unser aller Überleben betreffen. Friedenssicherung, Entwicklung, soziale Gerechtigkeit, Abrüstung, Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen sind die globalen Herausforderungen. Sie zu bestehen, verlangt unser aller Kräfte, Ideen und Anstrengungen.

Die Teilung meines Landes und die Teilung Europas, der Ost-West-Konflikt haben schwer auf uns allen gelastet. Ideologische Gegensätze, Machtpolitik und Streben nach Überlegenheit haben uns einen Rüstungswettlauf aufgezwungen – sie haben Europa und die Welt geteilt. Das alles hat viele Kräfte gebunden. Diese Kräfte werden nun frei. Wir können sie gemeinsam einsetzen in weltpolitischer Verantwortung. Für eine Friedensaufgabe von einem in der Menschheitsgeschichte bisher nicht dagewesenen Ausmaß – für die *eine* Welt.

Deutschland am Vorabend seiner Vereinigung erklärt vor der Staatengemeinschaft: Wir werden unserer Verantwortung in Europa und in der Welt gerecht werden. Wenn sich in der Nacht vom 2. zum 3.Oktober 1990 die Deutschen vereinen, so werden sie dabei von Dankbarkeit und Freude, von Besinnung und Verantwortung bestimmt sein. Das verbindet uns mit den Hoffnungen, Wünschen und Zielen der Völker Europas und der Welt. Das vereinte Deutschland wird seinen Beitrag leisten zu Frieden und Freiheit, in Europa und in der Welt.

Arabien: Zurück zu den alten Grenzen ?

Solange das Osmanische Reich bestand, waren die türkischen Oberherren bei den Arabern nicht beliebt. Heute werden jedoch Landkarten aus der Türkenzeit aus den Archiven geholt, um Gebietsansprüche zu begründen. Die Grenzen, die nach dem Ersten Weltkrieg – und auch schon vorher – gezogen wurden, werden der europäischen Vorherrschaft zugeschrieben und als Machenschaften verdammt, die bezweckten, die Verwirklichung der arabischen Einheit zu hemmen. So bewies Ägypten seinen Anspruch auf Taba am Golf von Akaba mit Karten der alten osmanischen Provinzgrenzen. Syrien erklärt, Libanon, Palästina und Jordanien seien Teile der osmanischen Provinz Syrien gewesen. Und schließlich behauptet Irak, daß unter der Hohen Pforte Kuwait zum Wilajet Basra gehörte und im Jahre 1899 unrechtmäßig losgetrennt wurde.